

Preußen als Problem der osteuropäischen Geschichte

In Polen hat kürzlich *) der Altmeister der Posener Schule, KAZIMIERZ TYMIENIECKI, unter der Überschrift *Das Problem Preußen* kritisch zu GOLO MANN'S *Deutscher Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* Stellung genommen¹⁾. GOLO MANN habe sich, so heißt es dem Sinne nach, um eine Entschärfung des Problems Preußen im deutschen Geschichtsbild bemüht, wenn er Preußen nur für die Zeit von Friedrich dem Großen bis zu Wilhelm II. als geschichtsbestimmenden Faktor in Deutschland und Europa gelten läßt. Eine solche Einengung des Problems Preußen auf die Geschichte der europäischen Pentarchie aber sei eine modernisierende Abstraktion, die selbst in einem Buche, das nur die jüngste deutsche Geschichte zum Gegenstand hat, zu verhängnisvollen Vereinfachungen führen müsse und überdies einen Rückschritt in der Diskussion über die Stellung Preußens in der allgemeinen Geschichte bedeute²⁾.

Gewiß sei Preußen in Deutschland ein Problem eigener Art gewesen, jedoch — so heißt es dann wörtlich — „am ehesten war Preußen . . . mit den benachbarten slavischen und baltischen Ländern verknüpft, was so leicht festzustellen, doch so schwer auszudeuten ist“³⁾.

Als das Allgemeine an der preußischen Geschichte werden also hier ihre engen Verflechtungen mit der slavisch-baltischen Völkerfamilie verstanden, ohne die dieses „wunderliche politische Gebilde unerklärlich bleibt“. Ähnlich hatten schon 1898 SZYMON AZKENAZY⁴⁾ und nach dem Zweiten Weltkrieg WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI⁵⁾ von Friedrich dem Großen als einer Zentralfigur der polnischen Geschichte gesprochen und den reichen Ertrag der preußisch-deutschen und auch der angelsächsischen Friedrich-Forschung als zumindest einseitige Teillösungen zurückgewiesen.

*) Antrittsvorlesung, gehalten am 25. Februar 1965 an der Justus Liebig-Universität. Der vorgetragene Text wurde für den Druck nur um einige Anmerkungen erweitert, die nicht den Anspruch erheben, den so dringend notwendigen Forschungsbericht zu dem hier gestellten Thema zu ersetzen. Die Hinweise sollen vielmehr unmittelbar zur Erläuterung und Verdeutlichung der vorgetragenen, notwendigerweise sehr summarischen Gedanken dienen.

1) K. TYMIENIECKI, *Problem Prusy*, in: *Roczniki Historyczne* 28, 1962, S. 85 bis 95.

2) Auch einer der französischen Rezensenten G. MANN'S, G. CASTELLAN, wird in diese grundsätzliche Kritik einbezogen. Vgl. CASTELLAN'S Rez. unter der Überschrift *Plaidoyer pour la Prusse*, in: *Cahiers Pologne-Allemagne* 2 (5) 1960 (Paris), S. 72—80.

3) K. TYMIENIECKI, a. a. O., S. 87.

4) S. AZKENAZY, *Dwa Stulecia (Zwei Jahrhunderte)*, T. I.: *Fryderyk II i August III*, Warschau 1898, 2. Aufl. 1903.

5) W. KONOPCZYŃSKI, *Fryderyk Wielki a Polska (Friedrich der Große und Polen)*, Posen 1947.

Man könnte sich nun die Sache leicht machen und in derartigen kritischen Einwänden nur die Äußerungen des überempfindlichen modernen polnischen Nationalstolzes sehen, der gleichsam mit zu Gerichte sitzen möchte über die preußische Geschichte, nun, da diese an ihr Ende gekommen ist. Allein mir schiene damit nur ein untergeordneter Teilaspekt der geschichtswissenschaftlichen Problematik erfaßt.

Erinnern wir uns eines des bürgerlichen Nationalismus unverdächtigen Zeugen, nämlich KARL MARX⁶⁾. In seinen nachgelassenen Manuskripten über die polnische Frage kommt er zu dem Urteil, daß Preußen seinen Aufstieg dem Schutz und der Förderung Rußlands verdankt habe; es fällt das harte Wort vom „Trabanten Rußlands“, den das Zarenreich seit dem Beginn des 18. Jhs. vor seinen Wagen gespannt habe, um Polen und Deutschland niederzuhalten⁶⁾.

Was 1864 von MARX polemisch und nicht ohne Haßgefühle gesehen wurde, ist dann, ohne daß ein anderer Zusammenhang bestünde als der der Fragestellung, in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung noch mehrfach als Ergebnis kritischer Prüfung des preußischen geschichtlichen Weges angeklungen, so in Ansätzen bei OTTO HINTZE⁷⁾, stärker bei FRIEDRICH MEINECKE⁸⁾ und in ausgeprägtem Maße eine Generation später bei dessen Schüler LUDWIG DEHIO⁹⁾.

Sie haben, von ihren Forschungsrichtungen her stärker mit der Geschichte des Staatensystems vertraut als die reinen Spezialisten der preußischen Geschichte, freilich auch als Personen von den weltpolitischen Wandlungen ihrer Zeit tiefer betroffen als andere, den Blick geschärft für die übergreifenden Zusammenhänge der modernen Geschichte, die das Schicksal Preußens und Polens in der Tat aus dem Vordringen der östlichen Flügelmacht Rußland nach Mitteleuropa zu verstehen lehrten.

Zeichnet sich in diesem Bilde ein Verständnis für die Kontinuität moderner preußischer Geschichte als Bestandteil der osteuropäischen Geschichte ab, so will nun der Mediävist TYMIENIECKI den Bogen weiter zurückspannen. Als Pole gewiß nicht minder betroffen von den großen Umwälzungen einer Zeit, in der er die Zerstückelung

⁶⁾ K. MARX, *Manuskripte über die polnische Frage* (1863—1864), herausgegeben und eingeleitet von W. CONZE und D. HERTZ-EICHENRODE, Den Haag 1961, S. 39 f. — Wichtig vor allem das erste der dort abgedruckten Manuskripte, *Polen, Preußen und Rußland*, S. 91—164.

⁷⁾ O. HINTZE, *Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte*, 5. Aufl. Berlin 1915. — Zu HINTZES Stellung in der preußischen Geschichtswissenschaft vgl. die schöne Würdigung von F. HARTUNG, *Otto Hintzes Lebenswerk*, in: OTTO HINTZE, *Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte*, hrsg. v. G. OESTREICH, 2. Aufl. Göttingen 1962, besonders S. 15 f.

⁸⁾ Vgl. dazu F. EPSTEIN, *Friedrich Meinecke in seinem Verhältnis zum europäischen Osten*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* III, 1954, S. 119—144.

⁹⁾ L. DEHIO, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*, Krefeld 1948.

und den Untergang der Teilungsmacht Preußen jeweils als die Voraussetzung der staatlichen Wiedergeburt Polens erlebte, erweitert sich ihm das politisch erlebte Problem Preußen zu der Frage, wie sich dieses für die Geschichte der slavischen Völker so einflußreiche Phänomen von seinen geschichtlichen Anfängen und Voraussetzungen in der slavisch-baltischen Welt, vom Ordenslande Preußen her, begreifen lasse und wie es als Bestandteil des osteuropäischen Geschichtsprozesses zu seiner — in der Sicht des noch immer von den Teilungen Polens her geprägten polnischen Geschichtsverständnisses — lebensbedrohenden Größe im 18. und 19. Jh. aufsteigen konnte.

Nun besteht gar kein Zweifel, daß das Problem der Kontinuität vom deutschen Ordensstaat Preußen zur Hohenzollernmonarchie als ein erstrangiges inneres Problem der preußischen Geschichte in der Forschung immer erkannt worden ist, und diese Frage darf mit Fug und Recht, trotz der jüngst von MANFRED HELLMANN vorgetragene Bedenken¹⁰⁾, weiterhin als eine legitime Aufgabe sowohl der preußischen Landes- und Staatsgeschichte als auch der deutschen Reichsgeschichte angesehen werden. Beide Forschungsgebiete haben von dieser Fragestellung her außerordentlich wichtige Beiträge zum Gesamtbegriff der preußischen Geschichte geliefert¹¹⁾. Aber notwendigerweise bringt — aus Gründen der Arbeitsteilung — die landes- und auch die reichsgeschichtliche Perspektive eine borusso- bzw. germanozentrische Begrenzung des Blickfeldes mit sich, die — beim Fortschritt der zeitlich und sachlich heute schon stark in die osteuropäischen Verknüpfungen Preußens ausgreifenden Einzelforschungen¹²⁾ — überwunden werden muß, wenn das synthetische Urteil über Preußens Stellung in der europäischen Geschichte nicht dem Kompetenzbereich der deutschen kritischen Geschichtswissenschaft entgleiten soll.

Mit Nachdruck sei betont, daß sich der Osteuropahistoriker durch diese Problemlage nicht deshalb in besonderem Maße angesprochen fühlt, weil er darin Bestätigungs- oder gar Expansionsmöglichkeiten für eine Fachrichtung der allgemeinen Geschichte wittert, die ihr Sonderdasein nur dem babylonischen Sprachgewirr des alten Europa

¹⁰⁾ M. HELLMANN, *Über die Grundlagen und die Entstehung des Ordensstaates in Preußen*, in: *Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft* 31, 1962, S. 111 ff.

¹¹⁾ Vgl. zuletzt den Beitrag von H. HELBIG, *Ordensstaat, Herzogtum Preußen und preußische Monarchie*, in: *Preußen. Epochen und Probleme seiner Geschichte*, hrsg. von R. DIETRICH, Berlin 1964, S. 1—30.

¹²⁾ Genaue Einzelhinweise können an dieser Stelle nicht gegeben werden, sie bleiben einem, wie gesagt, dringend notwendigen Forschungsbericht vorbehalten. Erwähnt seien nur die größere Zeiträume umspannenden Arbeiten von K. FORSTREUTER, *Preußen und Rußland von den Anfängen des Deutschen Ordens bis zu Peter dem Großen*, Göttingen 1955, und H. LUDAT, *Polen und Deutschland. Wissenschaftliche Konferenz polnischer Historiker über die polnisch-deutschen Beziehungen in der Vergangenheit* (= *Quellenhefte zur Geschichtswissenschaft in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. H. LUDAT und G. RHODE, Reihe I: *Polen*, Heft 1), Köln-Graz 1963, S. 64 ff.

verdankt, sondern weil er unter dem methodisch-arbeitstechnischen Zwang steht, hier als Spezialist gewissermaßen Zubringerdienste für das ganze Fach leisten zu müssen.

Wenn wir uns also hier an den Versuch wagen, die osteuropäisch-slaven-baltenländischen Verzahnungen in ihrer Bedeutung für den Gesamtprozeß der preußischen Geschichte zu würdigen, so kann dies selbstverständlich nur ein erster tastender Schritt sein auf dem Wege zu der notwendigen historischen Universalisierung unseres Preußenbildes. Universalisierung, das bedeutet für unser derzeitiges wissenschaftliches Preußenverständnis: einmal die ereignis-, zustands- und problemgeschichtliche Ausweitung des Blickfeldes in die slavisch-baltische Völkerwelt, zum anderen aber die innerwissenschaftliche Vertiefung unseres Verstehens durch kritische Reflexion des slavisch-osteuropäischen geschichtlichen Eigenverständnisses gegenüber Preußen¹³⁾. Vielleicht gestattet es der knappe Rahmen einer Vorlesungsstunde, wenigstens zu dem ersten Aufgabenkreis einige Grundgedanken zu formulieren.

Das deutsche Preußen hat nicht nur den Namen seines Vorgängers in den westlichen Ausläufern des baltischen Siedlungsgebietes, dem Prußenlande, übernommen, sondern es wurzelt geschichtlich in diesem Land zwischen unterer Weichsel und Memel. In der Antike erregte der Reichtum Interesse, den das Gold der Ostsee dem fernen Lande schenkte, dem werdenden Abendland aber traten die Prußen als politischer Faktor in der heidnischen Randzone im Osten entgegen. In dieser Randzone machte sich — nach anfänglichen Missionserfolgen Ottos des Großen — seit den Slavenaufständen zwischen Elbe und Oder und an der Ostseeküste nach 983 eine starke Regeneration der politischen Abwehrkräfte bemerkbar.

Das christliche Polen lernte in Missionsversuchen zuerst die zähe Lebenskraft des Heidentums der Prußen kennen, das — verbunden mit militärischer Schlagkraft und Angriffslust — dem Piastenreich an dessen Nordgrenze lange gefährliche Krisensituationen bereitete. Und auch die Einbeziehung prußischer Gebiete in das dänische Imperium des Piastenneffen Knut des Mächtigen war nur von kurzer Dauer. Im 12. Jh. bahnte sich von Westen her der Umschwung an: Bischof Heinrich von Olmütz unternahm 1141 eine zwar erfolglose Prußenfahrt. Aber es schien schon viel erreicht, daß dem mährischen Bischof das Schicksal Adalberts von Prag und Bruns von Querfurt erspart blieb. Denn noch lange sperrte sich der baltische Nordosten gegen die Mission, wenngleich die piastischen Herzöge von Masowien ebenso wie russische Teilfürsten in den ihnen benachbarten litauischen und livischen Gebieten nichts unversucht ließen.

¹³⁾ Bisher gibt es dafür so gut wie keine Vorarbeiten, was die Dringlichkeit der Aufgabe nur unterstreicht. Einige Ansätze finden sich in dem thematisch freilich weiter (ganz Ostmitteleuropa) und enger (ohne Berücksichtigung Rußlands) zugleich gefaßten Tagungsbericht *Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung des J. G. Herder-Forschungsrates über die geistige Lage der ostmitteleuropäischen Völker* (April 1960), hrsg. von E. BIRKE und E. LEMBERG, Marburg 1961.

um die gefährlichen Nachbarn durch Christianisierung zu bändigen¹⁴⁾.

Erst als im 13. Jh. die Führungsmächte der abendländischen Welt das Problem der Nordostmission energisch aufgriffen und im Einvernehmen mit dem Masowierherzog den Ritterorden vom deutschen Marienhospital in Jerusalem mit der Unterwerfung und Christianisierung der baltischen Länder beauftragten, war der raschen Einbeziehung der preußischen Stämme in die abendländische Christenheit der Weg geebnet. Von Kaiser Friedrich II. und Gregor IX. als ein Stück christlicher Weltpolitik, von dem berufenen Orden freilich auch immer als ein Problem der politischen Existenzgrundlagen verstanden, ist hier im preußischen Unterwerfungsgebiet des Ordens das eigentümliche Herrschaftsgebilde des „wie ein Reichsfürst“ ausgestatteten korporativen geistlichen Landesherrn entstanden, das schon nach knapp einem Jahrhundert als „Preußenland“ einen festen Platz in der Vorstellung der Zeitgenossen gefunden hatte¹⁵⁾.

Mission, Herrschaft und deutschrechtliche Siedlung haben aus dem Lande der Prußen das Preußenland werden lassen. Dieses steht somit inmitten jenes großen Verwestlichungsprozesses, der auf die Dauer die historisch-kulturelle Gliederung des slavisch-baltischen Osteuropa in Ostmitteleuropa und den russischen Raum hervorgebracht hat¹⁶⁾. Die Herrschaft des Ordens zog die deutsche Siedlerinwanderung nach sich, die territoriale Ausweitung über die untere Weichsel nach Pommerellen am Anfang des 14. Jhs. brachte slavische Untertanen ein. Obwohl von Anfang an die ethnischen Unterschiede auch im sozialen Bereich ihre Parallelen fanden, hat die für alle sozialen Schichten in gleicher Weise spürbare strenge Landesherrschaft auf die Dauer — teils beabsichtigt und dekretiert, teils via facti — die Einschmelzung der fremden ethnischen Elemente in den einheitlichen deutschen Neustamm der Prußen herbeigeführt, was allerdings einen komplizierten und von manchen Rückschlägen begleiteten — heute noch nicht annähernd aufgehellten — Prozeß darstellt¹⁷⁾.

¹⁴⁾ Vgl. noch immer grundlegend K. LOHMEYER, *Geschichte von Ost- und Westpreußen*, 1. Bd. (bis 1411), Gotha 1908, 3. Aufl., S. 3 ff., von polnischer Seite H. LOWMIANSKI, *Prusy pogańskie (Das heidnische Preußen)*, Thorn 1935. — Für Livland vgl. M. HELLMANN, *Das Lettenland im Mittelalter*, Münster-Köln 1954, S. 53 ff.

¹⁵⁾ Vgl. zuletzt E. MASCHKE, *Preußen. Das Werden eines deutschen Stammesnamens*, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* II, 1955, S. 117 f.

¹⁶⁾ Dazu O. HALECKI, *The Limits and Divisions of European History*, London-New York 1950, Dt.: *Europa, Grenzen und Gliederung seiner Geschichte*, Darmstadt 1957, S. 94 ff.; H. LUDAT, *Die Slaven und das Mittelalter*, in: *Die Welt als Geschichte* 2, 1952, S. 69—84.

¹⁷⁾ Wichtige Beobachtungen in dem Anm. 15 genannten Aufsatz von E. MASCHKE. Einzelne Aspekte ferner bei R. WENSKUS, *Kleinverbände und Kleinräume bei den Prußen des Samlandes*, sowie H. PATZE, *Die deutsche bäuerliche Gemeinde im Ordensstaat Preußen*, beide in: *Die Anfänge der Landgemeinde und ihr Wesen* II (= *Vorträge und Forschungen*, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, geleitet von THEODOR MAYER, Bd. VIII), Konstanz-Stuttgart 1964, S. 149—254.

Freilich blieb die noch schwierigere Aufgabe der Litauermission als ungelöstes Problem für den Orden nach seiner Etablierung als Landesherr des unterworfenen Prußen-Gebietes bestehen, eine Aufgabe, die in der außenpolitischen Kräftekonstellation des 14. Jhs. in Osteuropa nicht nach prußischem Vorbild zu lösen war. Denn inzwischen hatte zwar der Orden im Lande den vorbildlich verwalteten Staat aufgebaut, war aber auch Litauen in die zerfallene Rus' vordrungen, bedrohten weiterhin die Tataren Europa, erholte sich Polen aus der Lähmung der Teilfürstenzeit.

Und weiter: konnte es ausbleiben, daß der zum reinen Missionszweck organisierte Orden — nachdem er zum Landesherrn besonderer Art in seinem Missionsgebiet geworden war — auf die Dauer unzeitgemäß wurde in einer vergleichsweise ausgeglichen historisch wandelnden Welt Osteuropas, wie sie schließlich durch die polnisch-litauische Union und die polnische Ostexpansion in Galič-Volynien sich konstituierte? Dem Orden war damit der tiefste Grund seines „Ausnahmestaates“, der Heidenkrieg, genommen.

So stark die sozial- und verfassungspolitischen Unterschiede zwischen den Reichshälften der polnisch-litauischen Union waren, so sehr wurde in beiden die aufsteigende Macht der ständischen Bewegung, des „Landtagsparlamentarismus“, zur hervorstechenden politischen Signatur¹⁸⁾. Es bildete sich jene Zone einer riesigen adelsparlamentarischen Föderation von Großpolen bis an den Dnepr, von Schamaiten bis an das Schwarze Meer heraus, die später zeitweise Böhmen und Ungarn an sich zog und das politische Gesicht des slavischen Europa bis in die westlichen Vorfelder Moskaus prägte. Auch die ursprünglich multiethnische Gesellschaft des „Schmelztiegels“ Ordensstaat blieb jedenfalls auf die Dauer von dieser zeitgemäßen Abgrenzungsbewegung gegen den „Staat“ nicht frei. Schon 1397 konstituierte sich in dem Eidechsenbund eine parallele ständische Bewegung in Westpreußen, die eine scharfe Reaktion des Ordens auslöste und die Überspannung der Landesherrschaft im 15. Jh. einleitete. Es ist keine Frage, daß hier die Tendenz des Zeitalters nach Preußen hinüberwirkte, und es ist völlig abwegig, ein an und für sich in seinen allgemeinen Bezügen auch für Osteuropa gültiges ständisches Widerstandsrecht im Ordenslande Preußen gleichsam national zu isolieren, wie das ERICH WEISE versucht hat. Es war eben nicht der Anfang des Dualismus von Volk und Staat als eine besondere Leistung deutsch-preußischen Wesens, wie WEISE meint¹⁹⁾,

¹⁸⁾ Vgl. J. BARDACH, *O genezie sejmu polskiego (Zur Entstehung des polnischen Reichstags)*, in: *VIII Powszechny Zjazd Historyków Polskich (8. allgemeiner Kongreß polnischer Historiker)*, T. VII, Warschau 1959, S. 5—57 (mit Diskussion); in bezug auf die Auswirkungen: K. GRZYBOWSKI, *Teoria reprezentacji w Polsce epoki odrodzenia (Die Theorie der Repräsentation im Polen der Renaissance)*, Warschau 1959, sowie G. RHODE, *Staaten-Union und Adelsstaat. Zur Entwicklung von Staatsdenken und Staatsgestaltung in Osteuropa, vor allem in Polen-Litauen, im 16. Jh.*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 9, 1960, H. 2/3, S. 185—215.

¹⁹⁾ E. WEISE, *Das Widerstandsrecht im Ordenslande Preußen und das mittel-*

sondern des Konflikts zwischen ständischer Gesellschaft und Landesherrschaft, und das ist ein allgemeines sozialgeschichtliches Phänomen.

Der Sieg der ständischen Gesellschaft über den Staat war so vollkommen, daß auch der soziale Aktivposten des Ordens, die Bauern, am Ende aus ihrer „gesicherten“ Schutzstellung, die das Ordensregiment — trotz aller Lasten — für sie bedeutete, herausgelöst und sozusagen osteuropäisch gleichgeschaltet, d. h. jenem sozial deklassierenden Prozeß der Ausbildung der Gutsherrschaft und schließlich der Gutswirtschaft unterworfen wurden.

Der adlige Commonwealth-Gedanke triumphierte — bei aller patriotischen Schattierung, die in den Kämpfen von Tannenberg bis Thorn auftauchten — über den der starken Landesherrschaft²⁰⁾.

Nur da, wo es der Landesherrschaft gelang, sich selbst dieser Bewegung anzuschließen, konnte sie sich, wie die polnischen Könige seit Władysław Jagiełło, einen Platz und einen Einfluß darin sichern. Sie wurden allmählich selbst Standesgenossen. Das ermöglichte ihre außenpolitischen Erfolge sowohl gegen jenen bedrängten Landesherrn im Preußenlande als auch anfangs gegen den neuartigen autokratischen Herrschaftsgedanken der Moskauer Großfürsten. Freilich vermochte dieser auf die Dauer im Bündnis von kirchlicher Orthodoxie und dynastischer Legitimität den adligen Commonwealth-Pluralismus in den westrussischen Ländern von Novgorod — in seiner besonderen altrussischen Verfassung — bis in die Ukraine zu unterhöhlen, während im Westen, in Preußen, das geistige Toleranzprinzip der Adelsföderation im Zuge der Reformation dem Ordensstaat den Todesstoß versetzte: Die geistliche Landesherrschaft wandelte sich 1525 selbst zum weltlichen Oberhaupt des Ständestaates unter der Lehnsoberhoheit der Krone Polen um²¹⁾. Dieser folgenreiche Schritt bereicherte das Commonwealth, wies aber seinerseits bereits über diese Idee hinaus, weil er sich zugleich als brauchbare Lösung in einer neuen internationalen Situation erwies:

Das europäische Staatensystem trat in seine historische Stunde und begann, den Nordosten Europas — bisher gleichsam ein Staaten-

alterliche Europa, Göttingen 1955, S. 25; dazu die kritische Stellungnahme von M. HELLMANN in: *Historisches Jahrbuch* 78, 1959, S. 247 ff.

²⁰⁾ Vgl. dazu die Arbeiten des Thorner Historikers M. BISKUP, vor allem seine Monographie *Zjednoczenie Pomorza Wschodniego z Polska w polowie XV wieku (Die Vereinigung Ostpommerns [d. i. Westpreußens] mit Polen in der Mitte des 15. Jhs.)*, Warschau 1959, sowie seine Forschungsberichte *Polish research Work on the History of the Teutonic Order State Organization in Prussia 1945—1959*, in: *Acta Poloniae Historica* 3, 1960, bes. S. 100 ff., und *Der Zusammenbruch des Ordensstaates in Preußen im Lichte der neuesten polnischen Forschungen*, ebd. 9, 1964, S. 59—76. Soeben noch K. GÓRSKI, *The Royal Prussian Estates in the Second Half of the XVth Century and their Relation to the Crown of Poland*, ebd. 10, 1964, S. 49—64.

²¹⁾ Hierzu kann jetzt auf die monographische Bearbeitung des letzten Hochmeisters und ersten weltlichen Herzogs verwiesen werden: W. HUBATSCH, *Albrecht von Brandenburg-Ansbach*, Heidelberg 1960.

system für sich²²⁾ — in sein Kräftespiel hereinzuziehen. Der Anstoß kam vom östlichen Flügel, von Moskau her, als Ivan IV. 1558 in den zerrütteten livländischen Ordensstaat einfiel, um die Moskauer Ostseeinteressen geltend zu machen²³⁾. In Livland hatte der Orden keine geschlossene Landesherrschaft errichten können, jetzt war ihm daher auch der preußische Weg der Säkularisation des Gesamtstaates versperrt. Vielmehr haben die Nachbarn Livlands in einem 25jährigen Ringen um das Herzstück des alten Nordosteuropa — eigentlich der erste nordische Krieg der europäischen Geschichte — die politische Dynamik des europäischen Staatensystems auch hier zum Leben erweckt²⁴⁾. Wenn es zunächst dem schwedisch-polnischen Bündnis, dann aber — nach dem dynastischen Konflikt im Hause Vasa — der schwedischen Militärmacht gelang, Rußland noch auf anderthalb Jahrhunderte von der Ostsee fernzuhalten, so hat die ungeheure politische Kräfteanstrengung der beiden Vormächte des Ostens im 16. und 17. Jh., Schwedens und Polens, dem Herzogtum Preußen Atempause und Windschatten gegeben für die folgenreichste Neuorientierung seiner Politik: die dynastische Verbindung des hohenzollernschen Herzogshauses mit dem Hause Brandenburg. Mit vollem Recht hatte der Deutsche Orden im Reich diese dynastische Lösung von Anfang an als die Hauptgefahr der Säkularisierung betrachtet. Daher versuchte er zuletzt noch 1586 durch die Kandidatur des designierten Deutschmeisters, Erzherzog Maximilian, bei der polnischen Königswahl ein solches Schicksal Preußens auf dem Wege über dessen Lehnsherren, die Krone Polen, abzuwenden; jedoch vergeblich. Denn die Wahl fiel 1587 auf den katholischen schwedischen Prinzen Sigismund und beschwor den gewaltigen Konflikt des neuen polnischen Königs mit seinem protestantischen Mutterland herauf; Preußen wurde zeitweilig das Zünglein an der Waage in diesem Konflikt, und Hohenzollern hatte den Weg frei zu zielstrebigere Familienpolitik. Es besteht kein Zweifel, daß das brandenburgische Haus den Löwenanteil an Aktivität in die hohenzollernsche Hauspolitik in Richtung auf Preußen einbrachte²⁵⁾.

Der brandenburgische Staat war, so wie er sich aus der Grenzmarkenzone des Reiches im Slavenlande seit dem hohen Mittelalter herausgebildet hatte, von Anfang an ein Stück mittelalterliches Ost-

²²⁾ Vgl. die anregenden Gedanken von W. ANDREAS, *Staatskunst und Diplomatie der Venezianer im Spiegel ihrer Gesandtenberichte*, Leipzig, 1943, S. 26 ff., auch in: *Historische Zeitschrift* 167, 1943.

²³⁾ E. SVENSSON, *Den merkantila bakgrunden till Rysslands anfall på den livländska ordensstaten 1558. En studie till den ryska imperialismens uppkomsthistoria*, Lund 1951. Vom marxistischen Standpunkt soeben E. DONNERT, *Der livländische Ordensritterstaat und Fußland. Der livländische Krieg und die baltische Frage in der europäischen Politik 1558—1583*, Berlin 1963.

²⁴⁾ K. ZERNACK, *Handelsbeziehungen und Gesandtschaftsverkehr im Ostseeraum*, in: *Giebener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens* 3, 1957, S. 124 ff.

²⁵⁾ Vgl. die klassische Schilderung bei O. HINTZE, *Die Hohenzollern und ihr Werk*, S. 131 ff.

mitteleuropa. Die Probleme der deutsch-fremdethnischen Bevölkerungs- und Siedlungssymbiose waren ihm ebenso vertraut wie dem Ordensstaat, und das eigentümliche Ergebnis einer solchen Ausgangslage, der kolonialländische Neustamm, bildete infolgedessen in beiden Ländern das Bevölkerungsmilieu, dessen soziale Strukturen sich nicht wesentlich unterschieden. Im Osten lag auch der außenpolitische Aktionsraum Brandenburgs, die pommersche Ostseeküste und Danzig bildeten im Hochmittelalter begehrte Ziele; und seit dem Regierungsantritt der Hohenzollern 1415 waren Projekte der dynastischen Verbindung mit dem polnischen Jagiellonen-Hause keine Seltenheit ²⁶⁾.

Alle diese Momente haben gewiß ein Gefühl der politischen Affinität des Herzogtums und des Kurfürstentums bewußt werden lassen, als der Zufall der Hochmeisterwahl von 1513 das Hohenzollernhaus in seiner fränkischen Nebenlinie nach Preußen führte.

Die polnische Heirat des Kurfürsten Joachim II. schien zunächst die brandenburgische Nachfolge auf dem Jagiellonen-Thron — dem Lehnsherrn über Preußen — zu ermöglichen. Doch der frühe Tod des Prinzen Sigismund, der den Namen seines polnischen Großvaters trug, verhinderte 1563 diese Aussicht auf ein hohenzollernsches Ostmitteleuropa, von welchem schon Kurfürst Friedrich I. geträumt hatte. Der Gedanke einer dynastischen Einigung ganz Ostmitteleuropas ist für die beiden Dynastien im Bewußtsein der historischen Zusammengehörigkeit der Länder zwischen Elbe und Dnepr in gleicher Weise verlockend gewesen. Wieweit sich der Reichstag zu einer solchen Politik verstanden hätte, ist bislang schwer zu beurteilen. Immerhin fand das, was die Diplomatie Joachims II. am Krakauer Hof schon vor Sigismunds Tod erreicht hatte, nämlich die zukünftige Mitbelehnung des brandenburgischen Hauses in Preußen, 1569 die Bestätigung des Lubliner Reichstages ²⁷⁾.

Wir stehen damit an einer — freilich in ihren Zusammenhängen noch wenig aufgehellten — Wendemarke der osteuropäischen Geschichte: sich den Verlauf der Geschichte des 17. Jhs. im Zeichen des um die hohenzollerschen Lande erweiterten Jagiellonenreiches auszumalen, ist zwar ein spekulatives Spiel der historischen Phantasie, aber doch nicht ohne einen gewissen verständnisschaffenden Sinn auch für das gerade Gegenteil, das schließlich eintrat: die Annäherung Preußens an das brandenburgische Haus. Sie rückte zwangsläufig das Problem der endgültigen Vereinigung von Herzogtum und

²⁶⁾ Dazu — freilich ohne die Diskussion der strukturgeschichtlichen Probleme — J. SCHULTZE, *Von der Mark Brandenburg zum Preußenstaat*, in: *Preußen. Epochen und Probleme seiner Geschichte*, Berlin 1964, S. 31—56; im größeren Zusammenhang ders., *Die Mark Brandenburg*, 3. Bd.: *Die Mark unter der Herrschaft der Hohenzollern (1415—1535)*, Berlin 1963; 4. Bd.: *Von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden (1535—1648)*, Berlin 1964.

²⁷⁾ Vgl. K. D. STAEMMLER, *Preußen und Livland in ihrem Verhältnis zur Krone Polens 1561—1586*, Marburg 1953, S. 25 ff., sowie die Königsberger Diss. von W. KAMPF, *Brandenburgs Kampf um das Herzogtum Preußen 1563—1578*, 1941.

Kurfürstentum an die erste Stelle der hohenzollerschen Politik. Damit aber entstand der polnischen Adelsrepublik mitten in ihrem Kampf mit den jungen Machtstaaten Moskau und Schweden nun an der Westgrenze eine dritte Macht, deren politische Lebensinteressen sich nur auf Kosten des Bestandes der Adelsrepublik verwirklichen ließen. Von deren osteuropäischer Ordnungsidee her gesehen setzten bereits die Friedensschlüsse Wehlau, Oliva und Andrusovo den Beginn des Partage-Zeitalters, wenn man den dreifachen Triumph des Machtstaates über die universale föderalistische Adelskorporation in seiner ganzen Tragweite in Rechnung stellt²⁸⁾. Denn nun erhob sich gleichsam der Staat gegen die Gesellschaft, und zwar auf universaler Ebene. Was sich nämlich in Preußen und Brandenburg zunächst als eine dynastische Vereinigung anließ, wurde in der Hand des Großen Kurfürsten in der absolutistischen Revolution von oben zur Durchsetzung der rationalisierten Staatsmacht gegen die Adelsgesellschaft, ebenso, wenn auch mit minderer Wucht, im schwedischen Baltikum, erst recht aber in der Westausweitung des Moskauer Staates. Der Adel Livlands und Preußens hat sich, gewiß frei von nationalen Sympathien für die polnische Kultur, aber politisch geformt von dem universalistischen Reichsgedanken der jagiellonischen Zeit, zur Wehr gesetzt, hat aber den Trend des Zeitalters nicht aufhalten können. Kalkstein, der Königsberger Schöppenmeister Roth, ja auch Patkul wurden Symbolgestalten dieses Kampfes um die alte Ordnung, die 1652 ihrem Libertätsstreben mit dem liberum veto-Prinzip im Reichstag der Adelsrepublik die Krönung gegeben hatte, fast genau zu dem gleichen Zeitpunkt, da Friedrich Wilhelm in Brandenburg die Stände politisch entmachtete²⁹⁾.

Das überkommene soziale Gefüge des europäischen Ostens ist freilich von dem politischen Machtkampf zwischen Fürstentum und ständischer Libertät nicht berührt worden. Ungeachtet der starken staatenpolitischen Veränderungen, die von den Rändern her einbrachen, behielt die osteuropäische Agrarlandschaft von Ostdeutschland bis weit in den ostslavischen Raum hinein ihre guts-

²⁸⁾ Insofern müßte das Urteil von MARX, die Teilung des schwedischen Reiches im Frieden von Nystad 1721 stelle die logische Voraussetzung für die Teilung Polens dar (K. MARX, *Secret Diplomatic History of the Eighteenth Century*, London 1895, S. 25) noch übersteigert werden. Zum nordischen Krieg 1655—1660 und zu Andrusovo vgl. jetzt das Sammelwerk *Polska w okresie drugiej wojny północnej 1655—1660 (Polen im Zeitalter des zweiten nordischen Krieges 1655—1660)*, T. 1—3, Warschau 1957, sowie Z. WÓJCIK, *Traktat andruszowski 1667 roku i jego geneza (Der Vertrag von Andrusovo von 1667 und seine Entstehung)*, Warschau 1959.

²⁹⁾ Diese universale Komponente wird m. E. in den vorliegenden, sehr sorgfältigen deutschen Untersuchungen zum Ständekampf in Preußen nicht immer deutlich genug hervorgehoben. Das Problem bedürfte dringend einer zusammenfassenden Betrachtung unter ideenpolitischem Aspekt. Interessantes Material bietet die Arbeit von TH. SCHIEDER, *Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Politische Ideen und politisches Schritttum in Westpreußen von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen (1569—1772/93)*, Königsberg 1940. — Anregende Gesichtspunkte bei F. L. CARSTEN, *The Origin of Prussia*, London 1954.

herrschaftliche Prägung, ja diese hat im 17. und 18. Jh. erst ihre volle Blüte erlangt. Wer in dieser Beziehung dem brandenburgisch-preußischen Absolutismus im östlichen Europa eine Vorrangstellung im Sinne eines sozialen Gerechtigkeitswillens für alle Schichten des politisch einheitlichen Untertanenverbandes zuschreiben möchte, der sollte sich der nüchternen Warnung OTTO HINTZES vor modernisierenden Aspekten erinnern³⁰⁾.

Erst das Preußen der Reformära ist in sozialpolitischer Beziehung über die ständischen Schranken hinaus gelangt und dann sogar, nach Polens Ausschaltung, zu einem bewußten Vorbild in Osteuropa geworden. Ganz anders der absolute Staat, der mit besessener methodischer Konsequenz seine Militär- und Territorialmacht ausbaute und der in seiner territorialen Desintegrität von den rheinischen Besitzungen bis nach Ostpreußen von dem machtpolitischen Rhythmus des Staatensystems völlig absorbiert wurde. Frankreich und Schweden gaben bis zur Jahrhundertwende auch in Mittel- und Osteuropa den Ton an, und das außenpolitische Taktieren des Großen Kurfürsten zwischen den von den Großmächten erzwungenen Koalitionen ließ bald das böse Wort von dem „brandenburgischen Wechselieber“ aufkommen³¹⁾.

Doch diese Szene hat der politische Erdbeben in Osteuropa, der Rußland territorial an die Ostsee und politisch bis nach Warschau vorstoßen ließ, radikal verwandelt. Wenn sich der Kurstaat aus primär reichspolitischen Überlegungen von seiner nichtabgeleiteten Souveränität im reichsfreien Ostpreußen her selbst zum Königtum aufwertete, so konnte die brandenburgisch-preußische Politik am Jahrhundertanfang kaum voraussehen, daß diesem selbstbewußten Anspruch ohne Zutun des neuen Königreiches die außenpolitische Erfüllung folgen sollte, indem Preußen gleichsam automatisch zur zweiten Macht im östlichen Kontinent aufrückte³²⁾. Territorial profitierte es zwar nur von der Zerstückelung des schwedischen Ostseeimperiums, aber folgenschwerer war die Lage, die Polens außen- und machtpolitische Entmündigung unter wettinischem Zepher her-

³⁰⁾ O. HINTZE, *Die Hohenzollern und ihr Werk*, S. 205 f., 297 ff. — Modernisierende Aspekte scheinen mit vorzuherrschen bei H. v. BORCKE-STARGORDT, *Grundherrschaft — Gutswirtschaft. Ein Beitrag zur Agrargeschichte*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Preußen* 10, 1960, S. 176—212. Sehr instruktiv ist in diesem Zusammenhang das gedruckte Protokoll einer Tagung, die 1960 von der „Gesellschaft für die Geschichte des Landvolks und der Landwirtschaft“ und dem „Göttinger Arbeitskreis“ veranstaltet wurde: *Zur ostdeutschen Agrargeschichte. Ein Kolloquium*, Würzburg 1960.

³¹⁾ Zur Situation des Staatensystems in den 70er und 80er Jahren des 17. Jhs. vgl. K. ZERNACK, *Studien zu den schwedisch-russischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 17. Jhs.*, T. 1, Gießen 1958, sowie den gedankenreichen Aufsatz von Z. WÓJCIK, *Zmiana w układzie sił politycznych w Europie środkowo-wschodniej w drugiej połowie XVII wieku (Wandlungen im politischen Kräftesystem in Ostmitteleuropa in der 2. Hälfte des 17. Jhs.)*, in: *Kwartalnik Historyczny* 67, 1960, H. 1, S. 25—54.

³²⁾ Die erste Etappe dieses Aufstiegs jetzt bei E. HASSINGER, *Brandenburg-Preußen, Rußland und Schweden 1700—1713*, München 1953.

aufbeschwor³³⁾. Denn Peters programmatischem Drang nach Westen bot sich — neben der lebenswichtigen Ostseeküste — die verlockende Möglichkeit, in der schon fast entstaatlichten Adelskorporation, die noch immer das politische Gesicht weiter Teile Ostmitteleuropas bestimmte, ein Instrument seiner diplomatischen Vorherrschaft in Osteuropa zu gewinnen. Indem er sich 1716 die unwiderrufliche militärische Kontrolle der Adelsrepublik sicherte, zwang er nicht allein Preußen, sondern auch das somit plötzlich in die Nachbarschaft Rußlands gerückte Österreich in die viel berufene „Entente cordiale der drei schwarzen Adler zur Aufrechterhaltung der Anarchie in Polen“³⁴⁾, die den Beginn jener bis zum Ersten Weltkrieg bestehenden Reduzierung des östlichen Mächtesystems auf die monarchische Trias bedeutete. Im Preußen Friedrich Wilhelms I. ist Rußlands plötzlicher Vorstoß mit zunächst zögernder, nach dem Frieden von Nystad aber mit zunehmender Sympathie verfolgt worden, die doch wohl in wesentlichem Maße auf die faszinierende Persönlichkeit Peters zurückzuführen war. Der Vergleich beider Herrscherpersönlichkeiten in ihrem Berge versetzenden Voluntarismus, ihrer methodisch-systematischen Militarisierung der Politik, dürfte noch immer, gerade in der Verschiedenartigkeit der historischen Umkreise, von hohem historiographischem Reiz sein³⁵⁾.

Indessen hat die Solidarität in der polnischen Politik nicht, wie man in Potsdam in fortwährender Bewunderung für das Land des großen Zaren gemeint hat, jegliche Gefährdung Preußens durch den kraftstrotzenden Nachbarn ausgeschlossen. Freilich hat Friedrich der Große die Wurzel aller außenpolitischen Konflikte Preußens in dem deutschen Dualismus begründet gesehen, und er ist sich zeit seines Lebens über die kriegstreibende Rolle Rußlands beim Ausbruch des Siebenjährigen Krieges nicht nur selbst im unklaren gewesen, sondern hat bis in unsere Tage hinein das historische Bild des Kriegsausbruches als das einer österreichischen Verschwörung präfixiert. Kein preußischer Historiker hat je die russischen Archive in dieser Frage konsultiert, und erst 1951 konnte HERBERT BUTTERFIELD durch die Heranziehung der 1912 veröffentlichten russischen Akten die für den Kriegsausbruch ausschlaggebende Rolle der russischen Diplomatie aufzeigen³⁶⁾.

³³⁾ Dazu der vorzügliche Sammelband *Um die polnische Krone (1700—1721)*, hrsg. von J. GIEROWSKI und J. KALISCH, Berlin 1962. Wichtig die ausführliche Besprechung von G. MÜLHPFORDT in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* 8, 1964, S. 475—491.

³⁴⁾ T. WOJCIECHOWSKI, *O powtórnej elekcji Stanisława Leszczyńskiego (Über die zweite Wahl Stanislaus Leszczyńskis)*, in: *Kwartalnik Historyczny* 2, 1888.

³⁵⁾ Grundlegend für die russische Seite jetzt die große Biographie Peters d. Gr. von R. WITTRAM, *Peter I. Czar und Kaiser*, 2 Bde., Göttingen 1964.

³⁶⁾ H. BUTTERFIELD, *The Reconstruction of an Historical Episode. The History of the Enquiry into the Origins of the Seven Years' War*, Glasgow 1951. Unabhängig von BUTTERFIELD ist W. MEDIGER, *Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen*, Braunschweig 1952, von Hannoverschem Quellenmaterial aus zu einem

Zwar hat das „Mirakel des Hauses Brandenburg“ den status-quo-Frieden von Hubertusburg möglich gemacht, aber erst der Tod des Sachsenkönigs auf dem polnischen Thron 1763 und die Notwendigkeit einer neuen Königswahl verschafften der preußischen Diplomatie wieder einen festen Stand in Petersburg. Friedrich verscrieb sich mit Eifer der russischen Politik, Polens Rest an eigenstaatlicher Bewegungsfreiheit auszutilgen und die Adelsrepublik in den Zustand einer russischen Militärprovinz herabzudrücken. Das entstaatlichte Vorfeld Rußlands bot sich so leicht als ein Reservoir für Gebietskompensationen an, als die Krise des russisch-türkischen Krieges 1769 zum ersten Balkankonflikt zwischen Rußland und Österreich zu führen drohte. Die sog. erste Teilung Polens von 1772, d. h. Polens territoriale Reduzierung von den drei Randmächten her — Preußen gewann die Landbrücke nach Ostpreußen —, war das Ergebnis dieses Jahrzehnts preußisch-russischer Entente-Politik, aber auch unter den völlig veränderten außenpolitischen Verhältnissen des ersten Koalitionskrieges hat sich der Mechanismus der Interessenkompensation auf Kosten Polens bis zu dessen endgültiger Vernichtung bewahrt³⁷⁾.

Darin liegt die Einheitlichkeit der in den zeitgeschichtlich-diplomatischen Motiven so verschiedenartigen Vorgänge der drei Teilungen von 1772 bis 1795. Was sich im Bewußtsein der aufgeklärten Despoten als eine über jeden moralischen Vorwurf erhabene rationale Machtpolitik im Dienste der territorialen Arrondierung der Monarchien verstand, ist von dem beginnenden Reformdenken der Zeit auf das schärfste verurteilt worden. Einmal natürlich im betroffenen Polen selbst, dessen adlige Führungsschicht sich nach der ersten Teilung in einem erstaunlichen Maße nicht mehr nur adelsdemokratisch, sondern aufgeklärt-national aufgerüttelt an ihr gesellschaftliches und staatliches Reformwerk machte. Es gipfelte 1791 in dem wohlausgewogenen, absolutistische Effizienz bereits konstitutionell-reformerisch mildernden Entwurf der Mai-Verfassung³⁸⁾. Zum anderen aber war Kritik in Deutschland zu vernehmen, die ihre tiefe Sorge über den Radikalismus dynastischer Machtpolitik angesichts des revolutionären Aufbruchs im Westen nicht verhehlte. So verstandene Staatsräson lief Gefahr, in außenpolitischem Machtrausch alles das, was das staatlich-gesellschaftliche Aufbauwerk des aufgeklärten Absolutismus selbst schon an Reformgrundlagen für die

entsprechenden Bild von Friedrichs unsicherem Urteil über Rußland und Bestuzevs tatsächlicher Aktivität in Richtung auf den Krieg gegen Preußen gekommen.

³⁷⁾ Zum ganzen Zeitabschnitt der Teilungen vgl. den Forschungsbericht von B. LEŚNODORSKI, *Le siècle des Lumières en Pologne. L'état des recherches dans la domaine de l'histoire politique, des institutions et des idées*, in: *Acta Poloniae Historica* 4, 1961, S. 147—174.

³⁸⁾ Hierzu ist auf die leider noch immer ungedruckte, außerordentlich ergiebige Dissertation von K. G. HAUSMANN über die politische Begriffsbildung im polnischen Reformschrifttum, Göttingen 1956, zu verweisen. — Wichtig auch die umfassende Biographie Stanislaus Augusts von J. FABRE, *Stanislas August Poniatowski et l'Europe des Lumières*, Paris 1952.

Zukunft enthielt, aufs Spiel zu setzen und so wirklichem Jakobiner-tum der radikalen Revolution Tür und Tor zu öffnen³⁹⁾.

In einer gründlichen Erforschung des Verhältnisses von preußischer Diplomatie und Reformansätzen im spätabsolutistischen Staat, einer genauen Durchleuchtung der offensichtlichen Widersprüchlichkeit, die zwischen Preußens osteuropäischem Vorgehen und seiner vorwärtstreibenden Rolle in Deutschland liegt, schiene mir nun die vordringlichste Aufgabe im Rahmen des hier gestellten Themas zu liegen. Ihre Bedeutung erhellet sofort, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Teilungen das schlechthin ausschlaggebende historische Ereignis für die Ausformung des Preußenbildes und für die Beurteilung der polnisch-preußischen Beziehungen in der polnischen Geschichtswissenschaft geworden sind. Der weitgehend kompromißlos anklägerische Charakter dieser politischen Geschichtsschreibung, die Preußens Rolle in Osteuropa auf eine jahrhundertelange Vorbereitung der Teilungen und ihre Perpetuierung festlegt, hat auf der deutschen Gegenseite vornehmlich jene Flut von Apologie hervorgerufen, die sich nicht minder verständnis- und erkenntnisfeindlich ausgewirkt hat. Und dieses Dilemma begleitet beide Geschichtswissenschaften vom Beginn ihrer kritischen Phase vom ausgehenden 18. Jh. an⁴⁰⁾.

Durch die Teilung Polens sind der preußischen Krone Gebiete eines dem absolutistischen Staatsbegriff so völlig entgegengesetzten korporativ-adligen Gemeinwesens zuerkannt worden, deren rasche Einbeziehung in den von oben gesetzten Wohlfahrtsverband der Monarchie als zivilisatorische Aufbauleistung immer gerühmt worden ist. Gewiß mit Recht.

Doch in einem höheren, auf die geschichtliche Weiterentwicklung bezogenen Sinne ist der preußische Staat bis 1795 nicht nur der Gebende gewesen. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Begegnung mit den neuen Gebieten nicht unwesentliche Anstöße für das Reformdenken in Preußen vermittelt hat. In Danzig, das 1793 übernommen wurde, begegnete der Freiherr vom Stein noch mannigfachen korporativen Freiheiten, die sich eben im Polen der Adelsfreiheit hatten bewahren lassen, in Preußen aber kurz nach 1793 noch von der Einschmelzung in das allgemeine Landrecht bedroht waren⁴¹⁾. Ebenso ergaben sich aus der Tätigkeit aufgeschlossener Männer wie Schroetter und Schön in dem preußischen Gewinn der

³⁹⁾ Vgl. die Synthese K. v. RAUMERS, *Deutschland um 1800, Krise und Neugestaltung 1789—1815*, in: *Meyer-Brandts Handbuch der deutschen Geschichte*, neu hrsg. v. L. JUST, Bd. III, 1, Konstanz 1959, S. 22 f.

⁴⁰⁾ Auf diese Problematik hat H. LUDAT immer wieder hingewiesen; vgl. seine Untersuchungen *Die polnische Geschichtswissenschaft. Entwicklung und Bedeutung*, in: *Grenzmärkische Heimatblätter* 15, 1939, S. 2—44; *Die geschichtlichen Grundlagen des deutsch-polnischen Verhältnisses*, in: *Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft* 26, 1957, S. 171; *Der polnische Beitrag zu einem europäischen Geschichtsbild*, in dem oben Anm. 12 genannten Buch, S. 1—23.

⁴¹⁾ Vgl. dazu R. BREYER, *Die südpreußischen Beamten und die Polenfrage*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 4, 1955, S. 531—543.

dritten Teilung, dem sog. Neuostpreußen⁴²⁾, wesentliche Impulse zu der neuen Konzeption des preußischen Staats- und Gesellschaftsaufbaus. Wenn sich das zusammen mit der kritischen und doch verehrungsvollen Absolutismusabrechnung Immanuel Kants und der historischen Nationalitätenlehre Herders gerade im alten Preußenlande zu einer verheißungsvollen Symbiose fand, so trug auch die militärische Lage nach Jena und Auerstädt dazu bei. Nach dem Tilsiter Frieden blieb schließlich Ostpreußen die kleine verarmte Rückzugskammer, in der sich die Kräfte der Erneuerung des geteilten Preußen sammeln konnten. Und nicht allein Preußens: ähnlich wie 1772 Polen die politische Wissenschaft ganz Europas beschäftigt hatte, so wirkte jetzt das geschlagene und entmachtete Preußen in seiner geistigen Regenerationskraft über die Grenzen hinaus. Die Jahre nach Tilsit sind, nach einem schönen Wort von HANS ROTHFELS, die deutschesten der osteuropäischen Geschichte gewesen⁴³⁾.

Allerdings, so wird man hinzufügen müssen, sie sind auch die russischsten der preußischen Geschichte gewesen. Nicht allein, weil Alexanders Politik in Tilsit Preußen die Abtretung Schlesiens erspart und damit den Bestand in den wichtigsten Landschaften gerettet hat, sondern auch von den Gefahren her betrachtet, die der preußischen Zukunft aus Rußlands Rolle als potentielltem Befreier Europas von der napoleonischen Herrschaft erwachsen. Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik des 19. und 20. Jhs. zeigte von Anfang an ihre gefährlichen Widerhaken.

Es klingt einleuchtend, daß — wie MEINECKE meint — die Tilsiter Lösung von 1807, die Preußen an polnischen Erwerbungen ja nur die Landbrücke Westpreußen belassen hatte, auf die Dauer für Preußen eine Lockerung seiner osteuropäischen Verwurzelung zugunsten seiner deutschen Aufgaben gebracht hätte⁴⁴⁾. Der Wiener Kongreß jedoch, der Preußen mit dem Posener Lande einen so bedeutenden Anteil altpolnischen Gebietes verschaffte, hat es für die Zukunft endgültig in die alte Interessengemeinschaft der osteuropäischen Trias zurückgeführt, deren machtpolitisches Solidaritätsbewußtsein sich nun in der restaurativen Abschirmung gegen die in der multiethnischen Struktur ihrer Staaten liegende nationalrevolutionäre Sprengkraft stärkte.

So mußte nun die geradlinige Konsequenz, mit der die preußische Polenpolitik das Prinzip der einen preußischen Untertanenschaft den nationalen Bedürfnissen überordnete, der Erhaltung eines osteuropäischen Ordnungssystems dienen, das gleichzeitig Rußlands außenpolitischem Temperament im Hinblick auf Mitteleuropa Zügel

⁴²⁾ H. ROTHFELS, *Ost- und Westpreußen zur Zeit der Reform und Erhebung*, jetzt mit anderen einschlägigen Studien vereinigt in dem Sammelband *Bismarck, der Osten und das Reich*, Darmstadt 1960, S. 233 f.

⁴³⁾ H. ROTHFELS, a. a. O., S. 225.

⁴⁴⁾ F. MEINECKE, *Das Zeitalter der deutschen Erhebung*, zuerst Berlin 1906, zitiert nach dem Nachdruck in der *Kleinen Vandenhoeck-Reihe*, Göttingen 1957, S. 78 f.; 131 f.

anlegte. Diese harte Konsequenz ist Preußen von seiner Schmelztiegeltradition Altpreußens her leichter gefallen als Österreich. Sehr wohl hat Bismarck die historisch anders gewordene Vielvölkerproblematik Österreichs gekannt, er hat sie dort als unabänderlichen geschichtlichen Faktor hingenommen, aber er hat sie auch konsequent auf Österreich zu isolieren versucht. Um so unbedingter ist er in Petersburg stets für eine streng unitaristische Bekämpfung der nationalen Regungen in Westrußland und Kongreßpolen eingetreten, denn er hat den großrussischen staatlichen Panrussismus als die Garantie der Machtbalance in Osteuropa angesehen⁴⁵).

Bismarck hat zweifellos auch die Gefahren gekannt, die die Aufrechterhaltung der konservativen Ordnung in Osteuropa für Deutschlands Zukunft enthielt, und er hat sie im Rahmen des Möglichen zu verringern versucht, indem er Österreich mit seiner noch viel weiter reichenden Verflechtung in Ost- und Südosteuropa aus Deutschlands Reichseinigung heraushielt.

So blieb Preußen seinen traditionellen osteuropäischen Bindungen verhaftet und konnte dennoch als deutsche Führungsmacht zum Motor des kleindeutschen Nationalstaates werden. Dieser mußte, wollte er außenpolitisch gegen den russischen Nachbarn bestehen, die im nationalstaatlichen Sinne unklaren Verhältnisse an seiner preußisch-osteuropäischen Grenze in Kauf nehmen, wodurch die preußisch-deutsche Polenpolitik zunehmend jenen bei aller rechtsstaatlichen Integrität verhängnisvoll-illusionären Charakter anzunehmen gezwungen war, als ob es keine nationalen Gegensätze unter der preußischen Krone gäbe⁴⁶). Selbst in dem Polenbild der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg lassen sich die Spuren dieser politischen Illusion nicht übersehen⁴⁷).

Wie lange Deutschland der ungeheuren Spannung einer solchen so viele Widersprüche überdeckenden Lösung gewachsen sein würde, hing davon ab, wie lange der Schöpfer dieses komplizierten Systems die unauflösliche Einheit von osteuropäischer Ordnung im konservativen Sinne und weltpolitischer Machtbalance glaubhaft zu machen verstand.

Als seine Nachfolger den machtpolitischen Kardinalzweck des osteuropäischen Engagements, die Eindämmung des bündnisgezähmten

⁴⁵) Gut herausgearbeitet bei H. FLEISCHHACKER, *Russische Antworten auf die polnische Frage*, München-Berlin 1941, S. 75 ff.

⁴⁶) Dieses entscheidende Problem der preußischen Polenpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. ist jenseits von Anklage (so M. BROZAT, *200 Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963) und Apologie (so H. JABLONOWSKI, *Die preußische Polenpolitik von 1815—1914*, Würzburg 1964) zu durchdenken. Knapp und klar bei W. CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln-Graz 1958, S. 3 ff., 28 ff., für einen engeren Zeitraum unbefangene Sicht auch bei S. BASKE, *Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 9, 1963, S. 7—268.

⁴⁷) H. U. WEHLER, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Würzburg 1962, S. 112 ff.

Zarenreiches, aufgaben, war der neuerliche Erdrutsch des östlichen Kontinents nicht mehr aufzuhalten. Die nur auf das Funktionieren der außenpolitischen Machtbalance gerichtete Ordnung der Trias brach an den gewaltsam zurückgestauten inneren nationalen und sozialen Spannungen auseinander; das natürliche Selbstbestimmungsrecht der Völker zerschneidet die alten historisch-staatlichen Strukturen Osteuropas und der drei Monarchien am Ende des Ersten Weltkrieges⁴⁸⁾. Damit hatte Preußen aufgehört, ein aktives Glied der osteuropäischen Geschichte zu sein.

Was blieb, war die Nachwirkung Preußens als politisches, geistiges und soziales Problem der deutschen Demokratie, die gerade in dem sozialdemokratisch regierten Freistaat Preußen bis 1932 ihre beständigste Stütze finden sollte. Freilich blieben auch die Fragen des Verhältnisses zu dem neuen Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg nicht außerhalb dieser Problematik. Durch die Rapallo-Diplomatie, in deren Motiven der Grenzrevisionismus von deutscher wie von russischer Seite eben doch keine ganz unwichtige Rolle spielt⁴⁹⁾, wurden die Traditionen preußischer Osteuropapolitik einer außerordentlich gefährlichen Ideologisierung preisgegeben, die der in dem unverstandenen Weimarer Staat „heimatlosen Rechten“ die Möglichkeit eines neuen Taugroggen in der Synthese von Moskau und Potsdam vorgaukelte⁵⁰⁾.

Geisterhaft begleitet nun der Name der glanzvollen friederizianischen Residenz das Ende Preußens in der deutschen Geschichte: Potsdam sollte 1933 die Versöhnung preußischer Staats- und Geistes-tradition mit der völkischen Revolution und der „nationalsozialistischen Bodenpolitik der Zukunft“ symbolisieren; und nicht minder symbolisch war es gemeint, wenn in unmittelbarer Konsequenz dieser wahnhaften Un-Politik Potsdam 1945 zum Schauplatz jener Beschlüsse gewählt wurde, die die Grundlage für die vollständige Auflösung des preußischen Staates, für die endgültige Vertreibung Preußens aus der europäischen Geschichte und für den Triumph Rußlands abgaben.

Nie seit den großen Völkerbewegungen am Beginn des Mittelalters ist die osteuropäische Geschichte einheitlicher und zugleich trostloser verlaufen als im Zeichen der Hegemonie des — wie MAX WEBER sagte — neuen Islam aus Moskau, dessen Geister auch preußische Militärs 1917 gerufen hatten und den das pseudopreußische Abenteuer Adolf Hitlers bis nach Potsdam führte.

⁴⁸⁾ Vgl. jetzt das oben Anm. 46 genannte Buch von W. CONZE.

⁴⁹⁾ Das muß gegen die für die Rapallo-Forschung ungemein lehrreichen Studien von H. HELBIG, *Die Träger der Rapallo-Politik*, Göttingen 1958, S. 5, dennoch eingewandt werden.

⁵⁰⁾ Vgl. die aufschlußreichen Darlegungen in dem Buch von O. E. SCHÜDDERKOPF, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960.